

wird auch nicht mehr die Etatsresolutionen von diesem lösen. Das Zentrum erfährt hierbei jetzt noch eine Genugtuung, es allein war im Februar gegen eine Verschiebung der Resolutionen und hat nun Recht erhalten. Sollte man diese damals beraten, gut, der Etat würde vielleicht acht Tage später fertig geworden sein. Das wäre nicht so sehr schlimm gewesen, aber die Wünsche des Reichstags wären zur Geltung gekommen. Nun müssen sie nach Pfingsten im Reichstag aber bestimmt erledigt werden!

Politische Rundschau. Deutschland.

— **Fürst Karl zu Löwenstein** vollendete am 22. Mai sein 70. Lebensjahr. Die deutschen Katholiken haben allen Anlaß, dieses Tages mit Freuden zu gedenken. Fürst Löwenstein gehört seit mehr als einem Menschenalter zu ihren Vorämpfern. Seit 26 Jahren trug er als Kommissar der Katholikenversammlung die Mühen zu deren Vorbereitung. Wie denken seiner edlen Frömmigkeit, die nur darauf ausgeht, Gottes Ehre zu fördern. Wie herrlich und rührend hat er z. B. bei der Katholikenversammlung in Mannheim zur Verehrung des heiligsten Sakraments aufgefordert! Gott allein weiß, wieviel Fürst Karl jährlich für Arme und Kranke, für mittellose Kirchen und Klöster, für Missionen usw. gibt. Auch die katholische Presse nennt ihn vielfach als Freund und Förderer. Große Verdienste hat er sich zur Zeit des Kulturkampfes erworben, als er den Bischöfen und Priestern helfend zur Seite stand. Jederzeit war Fürst Löwenstein bestrebt, die christlichen Prinzipien zur Geltung zu bringen, wie er das gegenwärtig als Vorsitzender der deutschen Antiduellliga mit großem Eifer tut. Die deutschen Katholiken haben daher alle Ursache, dem edlen Fürsten die herzlichsten Glückwünsche zu seinem Ehrentage entgegenzubringen.

— **Die Leiche des verstorbenen Herzogs Paul Friedrich von Mecklenburg-Schwerin** wurde am 23. d. Mts. von Kiel nach Mecklenburg überführt. An den Trauerfeierlichkeiten nahmen der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, Herzog und Herzogin Paul Friedrich und deren Kinder, Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen sowie die Admiralität, die Generalität und der Kommandant des Schiffs „Wars“ teil.

— **Minister von Sudde** hat sich bei einer Audienz vom Vorsitzenden des konservativen Vereins für Halle a. S., Professor Suchsland, über die Schädigungen des gewerblichen Mittelstandes durch die Beamten-Konsumvereine informieren lassen. Professor Suchsland wurde ausdrücklich von dem Minister ermächtigt, mitzuteilen, daß er dem Konsumvereinen absolut keine Sympathien entgegenbringe. Er wünsche die Erhaltung des Mittelstandes, er werde keine Neugründung von Beamten-Konsumvereinen unterstützen und die bestehenden in keiner Weise fördern. Diese Stellungnahme des preussischen Ministers wird von den Gewerbetreibenden gewiß mit Freuden begrüßt werden.

— **Das Gesetz betreffend Änderungen im Finanzwesen des Reiches** ist im Reichs-Gesetzblatt veröffentlicht worden und lautet:

§ 1. Die Vorschriften über die Ueberweisung eines Teiles des Ertrags der Zölle und der Tabaksteuer an die Bundesstaaten sind aufgehoben. Der Reinertrag der Reichsabgaben und Prämienmaterialsteuer ist den einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe der matrikulierten Bevölkerung, mit welcher sie zum Gebiete der Prämienmaterialgemeinsamkeit gehören, zu überweisen. Art. 70 der Verfassung erhält folgende Fassung: Art. 70. Zur Befriedigung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen zunächst die aus Zölle und gemeinsamen Steuern, aus dem Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen, sowie aus den übrigen Verwaltungszweigen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. Inwieweit die Ausgaben durch diese Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, welche in Höhe des budgetmäßigen Betrags durch den Reichskanzler ausgeschrieben werden. Inwieweit diese Beiträge in den Ueberweisungen keine Deckung finden, sind sie den Bundesstaaten am Jahresabschluss in dem Maße zu erstatten, als die übrigen ordentlichen Einnahmen des Reiches dessen Bedarf übersteigen. Einmalige Ueberträge aus dem Reichs-Einkommen sind ein anderes bestimmt wird, zur Deckung gemeinschaftlicher außerordentlicher Ausgaben.

— **Die Konservativen** wollen gegen den Kanzler nicht mit und lassen die Nationalliberalen im Stich. Die „Schles. Ztg.“ sagt ausdrücklich, daß in den Reden des Herrn Freiherrn von Haukeffel und des Grafen Kirchbach kein Vorstoß der Konservativen zu erblicken sei. Und die konservativ gesinnte „Allg. ev.-luth. Kirchenzeitung“ meint, die Konservativen hätten nicht die Absicht, den Grafen Bülow zu befeitigen, und schreibt:

Einige Heißsporne gehen wohl auch so weit, den Grafen Bülow lieber heute als morgen stürzen zu wollen. Im großen und ganzen sieht alle Welt aber doch ein, daß der leitende Staatsmann recht hatte, als er meinte, daß man sich nach seinen „Reichstagen zurückziehen“ würde, falls er einen Nachfolger erblicke. Man muß in der Tat in der Personenerfrage sehr unerschrocken sein, um sich von einem Wechsel etwas Gutes zu versprechen.

Die Verwahrung der konservativen Blätter gegen die Absicht, den Reichskanzler stürzen zu wollen, legt die Vermutung nahe, daß die im preussischen Herrenhaus von einzelnen Konservativen geführte Reden als politischer Fehler angesehen werden. Nun sagen sie auf einmal, sie hätten keinen Vorstoß machen wollen, auch kein neues Sozialistengesetz verlangt. Was bleibt denn aber von den ganzen Reden übrig? Die liberale Presse, welche sich von den Bundesgenossen betrogen sieht, wirft jetzt Spott und Hohn gegen die Konservativen, und das nicht mit Unrecht. Denn wer Sturm sät, soll sich vor der Verantwortung hierfür nicht drücken. — Den Kernpunkt einer allfälligen Krise bilden nur die Handelsverträge. Gelingt es dem Kanzler, Handelsverträge auf Grund des neuen Zolltarifs abzuschließen, so wird er vom Kaiser hochgeehrt werden und seine Stellung wird auf absehbare Zeit absolut unerschütterlich sein, aber sonst mögen die Unglückspropheten Recht behalten.

— Bei der am 21. d. M. stattgehabten **Reichstags-erfassungswahl** im Wahlkreise Straßburg-Land wurden 17 580 Stimmen abgegeben; davon erblickten Karl Haug, Redakteur in Straßburg (Kaiserliche Landespartei) 8225, Dr. Daniel Mumental, Rechtsanwalt in Kolmar (Demokrat) 7876 und Laurent Weber, Schreiner in Straßburg (Soz.) 1479 Stimmen. Zwischen Haug und Mumental hat also Stichwahl stattgefunden.

— **Die Erfassungswahl in Frankfurt a. O.** hat, wie das allgemein angenommen worden ist, mit dem Siege des Na-

tionalliberalen **Bassermann** geendet. Der Sozialdemokrat Braun gehört nicht mehr dem Reichstage an. Darüber wird der Abgeordnete Bebel sehr erfreut sein, denn neben Bernstein ist Dr. Braun das Haupt der Revisionisten. Die Sozialdemokratie hat nur noch 78 Mandate inne, sie hat sämtliche Nachwahlen verloren; das ruft auch in den eigenen Kreisen ziemliche Ernüchterung wach. Den Eintritt des Abgeordneten Bassermann in den Reichstag begrüßen wir, statt Sattler wird nun er Fraktionsredner werden. Der Kulturkämpferische Geist ist so mehr gedämpft!

— **Das Trappistenkloster Maria Stern** bei Bonajulka und die Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft des bayerischen Bauernvereins hat die bayerische Staatsregierung um Zulassung der Trappisten in Bayern zur Gründung einer landwirtschaftlichen Schule ersucht. Diese forderte vom Landwirtschaftsrat ein Gutachten ein, ob vom Standpunkt der landwirtschaftlichen Interessen ein Bedürfnis für das in Aussicht genommene Unternehmen bestehe, und ob von demselben der bahnbrechende Erfolg für die Förderung des heimischen Bauernstandes zu erwarten sei, den sich die genannte Genossenschaft erhoffe. Ueber die Gesuche referierte Freiberger von Cetto und stellte nach längerer Begründung folgenden Antrag:

„Das Projekt der landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft des bayerischen Bauernvereins, auf ihre Kosten eine landwirtschaftliche Unterrichtsanstalt mit Internat und Stipendien für 100 Jünglinge im Anschluß an eine größere Musterwirtschaft zu errichten, begrüßt der bayerische Landwirtschaftsrat insofern, als dadurch jungen Landwirten eine weitere Veranlassung und Gelegenheit zum Erwerb sachlicher Kenntnisse gegeben wird und für möglichst Verbreitung solcher Kenntnisse ein Bedürfnis besteht. Eine Angliederung der Schule an eine klösterliche Niederlassung der Trappisten könnte vom rein landwirtschaftlichen Standpunkte befürwortet werden; ein bahnbrechender Erfolg ist allerdings kaum zu erwarten.“

Die Mehrheit des Landwirtschaftsrates aber glaubte jedoch das Bedürfnis nach Errichtung einer landwirtschaftlichen Schule durch die Trappisten in Bayern verneinen zu müssen. Es ist dieser Weisheit im Interesse des Bauernstandes nur zu bedauern und dieser erwartet, daß die Regierung sich den Wünschen des bayerischen Bauernvereins anschließen wird. Die Liberalen sind doch merkwürdige Fortschritts-Männer. Man weiß nicht genug über die Notwendigkeit von bäuerlichen Schulen zu sprechen und deren Mangel zu bedauern. Die Trappisten wollen eine landwirtschaftliche Schule errichten; nun genügen auf einmal die Unterrichtsanstalten. Ja, wenn's nur keine Wünsche wären, aber so...

— **Der Jülicher Friedhofstreit** bietet zu allerhand kommentarischen Anlaß. Die „Südd. Reichs-Ztg.“ will wissen, daß Bischof Venzler ohne Zustimmung von Seiten der Regierung das Interdikt zurückzog. Der Bischof habe zweifellos erkannt, daß die von ihm ergriffene Maßregel die Folge haben würde, das bisher bestehende gute Einvernehmen zwischen den weltlichen und kirchlichen Behörden in einer dem kirchlichen Interesse nachteiligen Weise zu beeinträchtigen und hatte demnach aus diesem Grunde das Interdikt zurückgenommen. Nachdem der Bischof das Interdikt wieder aufgehoben habe, sei nunmehr die Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen gegeben, um zu einer Verständigung über die Friedhofstrage zu gelangen. Daß diese bald erfolge, werde von der überwiegenden Mehrheit der evangelischen Bevölkerung beider Konfessionen dringend gewünscht. Ob die Regierung Verhandlungen vorher gemacht hat oder nicht, ist vollkommen irrelevant. Die Hauptsache ist, daß sie nunmehr genötigt ist, die Friedhofstrage endlich durch genaue Verhandlungen zu regeln, und zwar als Durchführung der bestehenden Gesetze. Diese Regelung kann nur im Sinne der katholischen Kirche entschieden werden, weil das Gesetz nur eine solche zuläßt. Wir haben keine Veranlassung, für die Interdiktverhängung uns auszusprechen, Jedenfalls aber hat sie den Vorteil gehabt, daß die Frage aktuell wurde und nun nicht mehr von den Behörden ignoriert werden kann.

Oesterreich-Ungarn.

— Dem Fremdenblatt zufolge hat die österreichisch-ungarische Zoll- und Handelskonferenz am 22. d. Mts. ihre Beratungen endgültig abgeschlossen. Nach der zu erwartenden Genehmigung der Anträge der Konferenz durch beide Regierungen würde nichts im Wege stehen, daß mündliche Vertragsverhandlungen mit Deutschland noch in dieser Woche in Berlin beginnen.

Frankreich.

— **Die in der französischen Spionage-Affäre** geführte Untersuchung über die Angelegenheit Fregola ergab: 1. daß die Pläne von Toulon vollständig mehreren Mächten ausgeteilt wurden, 2. daß diese Schriftstücke von Mägen der Vauunternehmer kopiert wurden, und 3. daß die Pläne von Vrest und Cherbourg sich nur teilweise im Besitze der Spione befinden und daß die meisten Pläne aus dem Jahre 1894 stammen. Der Bericht über die Untersuchung soll dem Kriegsminister vorgelegt werden.

— In seinem für die außerparlamentarische Marinekommission verfaßten Bericht über den Zustand der Verteidigungsmittel Frankreichs zur See in den Jahren 1894 bis 1904 stellt Admiral Campion fest, die französischen Geschwader ständen auf der Höhe ihrer Aufgabe. In den Unterseebooten besitze Frankreich bewegliche Verteidigungsmittel, welche die Sicherheit der Kolonien gewährleisten. Admiral Campion hebt hervor, die Unterseeboote als Angriffswaffe seien das einzige wirksame Mittel um eine von der See kommende Gefahr abzuwenden, von der Frankreich durch das unauflösbare Anwachsen der fremden Seestreitkräfte bedroht sei.

— Die französische Regierung hat die **diplomatischen Beziehungen** mit dem Vatikan abgebrochen, indem sie dem französischen Botschafter Risard den Auftrag gab, auf Urlaub zu gehen. Dieser machte dem Staatssekretär Kardinal Merry del Val hiervon Mitteilung und reiste am Sonnabend abend nach Paris ab. Ueber die Unterredung, welche vor der Abreise zwischen beiden Staatsmännern stattfand, weiß das Blatt Popolo Romano folgendes mitzuteilen: erstens, die Meldung, Merry del Val hätte Risard Erklärungen über den Satz gegeben, der sich in der an die katholischen Mächte außer Frankreich geschickten Note befand, gibt weder der Form noch dem Inhalt nach die Besprechung zwischen Risard und Merry del Val gut-

treffend wieder; zweitens, die Angabe, Merry del Val hätte jede Antwort bezüglich der an die anderen Mächte geschickten Note abgelehnt, ist vollständig erfunden. Popolo Romano sagt bezüglich der Behauptung auswärtiger Blätter, unter Leo XIII. und Rampolla hätte sich der Zwischenfall nicht ereignen können, es könne zuverlässig festgestellt werden, daß an Frankreich und die anderen katholischen Mächte getichtete Note der Form und dem Inhalt nach der Note entspricht, die Leo XIII. zur Zeit, als Rampolla Staatssekretär war, vorbereitete, als der Besuch des Königs Viktor Emanuel in Paris und die Erwidderung desselben durchoubet in Rom entschieden war. — Es muß als ein gutes Zeichen betrachtet werden, daß die Abberufung Risards durch einfachen Urlaub erfolgte. Daher hat auch der Vatikan von seiner Seite die Abberufung des apostolischen Nuntius Lorenzelli in Paris nicht verfügt. Der Vatikan hat sich im Gegenteil zur Vermeidung jeglicher Kommentare entschieden, dem Nuntius den in der letzten Zeit wiederholt erteilten Urlaub nicht zu bewilligen. — Alle Mächte erklärten die Abberufung des französischen Botschafters beim Vatikan. Die gemäßigten „Republique française“ spricht ihre Befriedigung darüber aus, daß die Abberufung durch einfachen Urlaub erfolgte. Das Uebel könne wieder gut gemacht werden; es brauche nur eine Regierung aus Auber kommen, die die Interessen Frankreichs wahrnehme, um die Dinge wieder in Ordnung zu bringen. Der konservative „Gaulois“ befürchtet, Frankreich würde nunmehr vollständig in das italienische Fahrwasser geraten und vielleicht die gegen Oesterreich gerichteten Bestrebungen Italiens unterstützen. Senator Clemenceau sagt in der radikalen „Aurore“, im Widerspruch zu dem im letzten Ministerrat ausgegebenen Note sei der Botschafter Risard nicht abberufen, sondern vorkaufend worden. Ministerpräsident Combes und der Minister des Äußern Delcassé hätten sich den Anschein gegeben, etwas zu tun, ohne daß in Wirklichkeit etwas geschehen sei. Die antikirchliche „Lanterne“ sagt, das republikanische Frankreich werde mit Entrüstung erfahren, daß man es in unwürdiger Weise getäuscht habe. Die Republikaner hätten geglaubt, der Abbruch der Beziehungen bedeute, daß nicht einmal ein Koch in der Botschaft zurückbleiben würde, statt dessen würden durch einen Botschaftsrat die Beziehungen Frankreichs zum Papste fortgesetzt werden. Die sozialistische, streng ministerielle „Petite République“ schreibt: Vorläufig verlangen wir nichts weiter, als daß diese Maßnahme durch Kündigung des Kontrates vervollständigt werde.

Rom.

— Aus Rom wird von einer Konferenz des französischen Botschafters Risard mit dem Kardinalstaatssekretär Merry del Val gemeldet, deren Ergebnis nicht bekannt gegeben wurde. Doch soll trotz der Bemühungen beider Persönlichkeiten der Bruch unvermeidlich sein. Auch der Papst soll mit den Kardinalen Gotti, Cennari, Agliardi und Serafino Vannutelli konferiert haben, welche ihm rieten, direkt durch ein Aktensstück zu dem Zwecke einzugreifen, um die ungünstige Wirkung der gestern abend im „Osservatore Romano“ publizierten Note wegzumachen. Doch erwartet man auch von dieser persönlichen Intervention keine besondere Wirkung mehr, und die Beurteilung der beiderseitigen diplomatischen Vertreter sei demnach zu erwarten. Ueber die peinlichen Empfindungen, die das Zerwürfnis mit Frankreich im Vatikan hervorrief, kurzieren viele Gerüchte, deren eins sogar die Stellung Merry del Vals für erschüttert erklärt. Doch ist schwer zu glauben, daß der Staatssekretär wirklich das Vertrauen des Papstes nicht mehr im vollen Maße besitzen solle, denn schließlich ist es einzig und allein Frankreich, das mit allem Vorbedacht gegen die Kirche und gegen den Papst zu Felde gezogen ist, ohne daß die langbewährte Mäßigung der Kurie irgend einen Eindruck gemacht hätte. Im Vatikan angestellte Untersuchungen ergaben, daß die Note durch das Fürstentum Monaco dem Deputierten Jourès für dessen Blatt „Humanité“ mitgeteilt worden sei. Ein Mißverstehen des Namens „Monaco“ hat den Anlaß zu der Nachricht gegeben, daß der Vertrauensbruch in Bayern (München heißt italienisch gleichfalls Monaco) begangen worden sei.

Deutsch-Südwestafrika.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt gegenüber einem Artikel der „Deutsch. Tagesztg.“, in dem gesagt wurde, die Regierung habe selbst den Hereros die Waffen zum Aufstand geliefert: Wir wiederholen, was wir bereits in unserer Nummer vom 16. März mitgeteilt haben, nämlich, daß nach amtlicher Auskunft seit dem 1. Januar 1898, also seit dem Bestehen der amtlichen Verkaufsstelle, an die Hereros verkauft sind im Bezirk Windhoek insgesamt vier Gewehre Modell 71 und 230 Patronen, im Bezirk Otjandja drei Gewehre Modell 71 und 348 Patronen. Die gegen die Schutzgebietsverwaltung in dieser Frage fortgesetzt erhobenen Beschuldigungen sind hiernach durchaus ungerichtet. — Der große geschickte Kreuzer „Bineta“ wird nach den südwestafrikanischen Gewässern abgehen, da das kleine Kanonenboot „Sabit“ unzulänglich erscheint.

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 24. Mai 1904.

— **Se. Majestät der König** wird am 3. Juni zu einem dreiwöchentlichen Ausgange in Ems eintreffen und im fiskalischen Kurlogier- und Badehaus „Zu den vier Türmen“ Wohnung nehmen. In demselben Hause hat bekanntlich vor Jahren auch König Albert gewohnt.

— **Se. Königliche Hoheit der Kronprinz** feiert morgen seinen 39. Geburtstag.

— **Der Kronprinz** hat sich Sonnabend früh 6 Uhr zur Beisehung der verstorbenen Frau verm. Erbprinzessin von Sachsen-Weimar-Eisenach nach Weimar begeben. Die Rückkehr von Weimar erfolgte abends 8,33 Uhr.

— **Ihre Kgl. Hoheit die Frau Prinzessin Johanna Georg** haben gut geschlafen und befinden sich den Verhältnissen angemessen wohl. Temperatur 36,5. Puls 72. Gleichwohl aber bedarf die Frau Prinzessin der größten Ruhe und wird voraussichtlich noch Wochen lang das Bett hüten müssen.

gen. Dr. Leopold. gen. Dr. Fiedler.

— **Im Monat April 1904** gelangten 1344 B ü r g e r zur Verpflichtung, 95 Anläufige und 1249 Unanläufige.